

Styliani Ampatzi

Das AGB-Recht in der nationalen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit im unternehmerischen Geschäftsverkehr

Eine Untersuchung im deutschen und griechischen Recht



Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heinrich Dörner, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Burkhard Hess,

Max Planck Institute Luxembourg for International,
European and Regulatory Procedural Law

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel, Universität zu Köln

Band 25

Styliani Ampatzi

Das AGB-Recht in der nationalen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit im unternehmerischen Geschäftsverkehr

Eine Untersuchung im deutschen und griechischen Recht



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-5760-2 (Print)

ISBN 978-3-8452-9922-8 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen wunderbaren Eltern
und
meiner Schwester*

*Στους υπέροχους γονείς μου
και
στην αδελφή μου*

*„So eine Arbeit wird eigentlich nie fertig,
man muss sie für fertig erklären,
wenn man nach Zeit und Umständen
das Möglichste getan hat.“*

Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832),
Italienische Reise,
Erstdruck unter dem Titel: Aus meinem Leben,
Zweiter Abteilung, Zweiter Teil, Caserta, 16. März 1787

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2017/2018 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Nach der mündlichen Prüfung wurde die Novelle 2018 des griechischen Verbraucherschutzgesetzes eingearbeitet. Außerdem wurde das Manuskript für die Druckfassung überarbeitet, sodass die bis November 2018 veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur im Wesentlichen berücksichtigt werden konnte.

Meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Heinz-Peter Mansel, gilt mein erster, aufrichtiger und zutiefst empfundener Dank. Er hat sowohl meine Masterarbeit im Rahmen meines Masterstudiums in Köln als auch meine Promotion betreut. Trotz seines enormen Arbeitspensums war seine Betreuung immer sowohl fachlich als auch menschlich ausgezeichnet. Während der Erstellung dieser Arbeit stand er mir mit wertvollen Anregungen und Hinweisen, Denkanstößen, Ermutigung und konstruktiver Kritik stets zur Seite. Für seine vielfältige Förderung, Hilfe und Unterstützung sowie für sein Vertrauen und seine Geduld bin ich ihm von Herzen dankbar. Ich bin sehr glücklich darüber und sehr stolz darauf, dass ich eine seiner Doktorandinnen gewesen bin.

Darüber hinaus bin ich Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hanns Prütting zu Dank verpflichtet. Er hat die Zweitkorrektur übernommen, das Zweitgutachten zu meiner Arbeit zügig erstellt und dadurch den raschen Abschluss des Promotionsverfahrens ermöglicht.

Zu danken habe ich zudem Herrn Professor Dr. Heinrich Dörner, Herrn Professor Dr. Dres. h.c. Burkhard Hess und erneut Herrn Professor Dr. Heinz-Peter Mansel für die Aufnahme meiner Arbeit in die von ihnen herausgegebene Schriftenreihe „Internationales und europäisches Privat- und Verfahrensrecht“. Herr Dr. Marco Ganzhorn vom Nomos-Verlag hat die Veröffentlichung der Arbeit betreut. Ihm danke ich für die angenehme Zusammenarbeit.

Die Grundlagen meiner juristischen Ausbildung liegen in meinem Studium an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Aristoteles Universität Thessaloniki. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen akademischen Lehrern in Griechenland für die gründliche und vielseitige wissenschaftliche Ausbildung bedanken. Besonderen Dank schulde ich Herrn Professor em. Dr. Athanassios Kaissis. Er hatte ein offenes Ohr für mich, als ich ihn

Vorwort

vor vielen Jahren als junge Jura-Absolventin um Rat gefragt habe. Dieser Rat hat mich nach Köln geführt und war für mich der Anfang des Weges zum größten Abenteuer meines bisherigen Lebens. Ihm bin ich des Weiteren für sein Interesse an meinem Studium und meiner weiteren Entwicklung sehr dankbar. Frau Professorin Dr. Elissavet Symeonidou-Kastanidou möchte ich ebenfalls für ihr Interesse, ihre Hilfsbereitschaft und ihren wertvollen Rat in der Zeit nach dem Abschluss meines Studiums in Thessaloniki meinen Dank aussprechen.

Sehr verbunden bin ich denjenigen Freunden und Kollegen, die die Zeit und Mühe aufgewandt haben, das Manuskript gegenzulesen, und mir geholfen haben, es in sprachlicher Hinsicht zu korrigieren. Frau Dr. med. Georgia Avgitidou, Frau Jana Rita Braksiek, Frau Pia Maria Fenten und Herr Dr. Maximilian Christian Schmetzer haben dankenswerterweise diese Aufgabe übernommen.

Ich danke ferner der Dr. Carl-Arthur Pastor-Stiftung sowie dem DAAD für die Förderung meines Promotionsstudiums in Deutschland durch die Gewährung von Promotionsstipendien, die den Abschluss meines Vorhabens ermöglicht haben. Ein weiterer Dank geht an den „Arbeitskreis Wirtschaft und Recht“ – ein Programm des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, die FAZIT-Stiftung sowie die Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg, die die Veröffentlichung meiner umfangreichen Arbeit durch einen jeweils großzügigen Druckkostenzuschuss unterstützt haben.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Unterstützung von Freunden, die mich während meines Aufenthalts in Köln durch alle Höhen und Tiefen begleitet hat. Dafür sowie für ihre Freundschaft habe ich insbesondere meinem Cousin, Herrn Panagiotis Ampatzis, Frau Dr. med. Georgia Avgitidou, Frau Jana Rita Braksiek und Frau Chrysa Divanidou herzlich zu danken. Jeder von ihnen hat mir auf unterschiedliche Weise und manchmal zu unterschiedlichen Zeitpunkten geholfen. Der Beitrag aller war jedoch jeweils für mich wesentlich. Ich bin also jedem von ihnen besonders dankbar.

Mein größter und tiefster Dank gebührt meiner Familie, die mich mein ganzes Leben lang in jeglicher Hinsicht unterstützt hat. Diese Arbeit wäre ohne die immerwährende, ununterbrochene, unermüdliche, großzügige, vorbehaltlose und verständnisvolle Liebe und Unterstützung meiner Mutter, Thiresia, meines Vaters, Efstratios, und meiner Schwester, Anastassia, nie entstanden. Auf sie habe ich mich immer verlassen können. Der Dank, den ich ihnen schulde, lässt sich nicht mit Worten ausdrücken. Hier im Einzelnen aufzuschreiben, was sie für mich nicht nur während meiner Pro-

Vorwort

motionszeit, sondern während meines ganzen Lebens getan haben und was sie mir bedeuten, würde den Rahmen dieses Vorworts überschreiten und wäre überdies allzu persönlich. Μαμά, Μπαμπά, Στάσα, σας ευχαριστώ από καρδιάς για όλα!

Köln/Kozani, Dezember 2018

Styliani Ampatzi

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	33
§ 1 Einleitung	41
A. Problemstellung und Gegenstand der Untersuchung	41
B. Methode und Ziele der Arbeit	48
C. Begriffliche Klarstellungen	53
D. Gang der Untersuchung	54
1. Teil: Rahmenbedingungen	57
§ 2 Abgrenzung des unternehmerischen Geschäftsverkehrs	58
A. Deutschland	58
I. Zuordnung des Unternehmerbegriffs des § 14 BGB	58
II. Der Unternehmerbegriff im BGB	61
1. Die Person des Unternehmers	61
2. Die ausgeübte Tätigkeit des Unternehmers	62
a. Gewerbliche Tätigkeit	62
b. Selbstständige berufliche Tätigkeit	62
c. Existenzgründung	63
d. Nebenberufliche Tätigkeit	65
e. Vermutung zugunsten der Verbrauchereigenschaft	65
f. „Dual use“-Geschäfte	66
B. Griechenland	67
I. Zuordnung des Verbraucher- und Lieferantenbegriffs des gr.G. 2251/1994	67
II. Der Verbraucher und der „Lieferant“ gemäß dem gr.G. 2251/1994	69
1. Die Begriffsbestimmung des Verbrauchers	69
2. Die Begriffsbestimmung des „Lieferanten“ und eine begriffliche Klarstellung für die vorliegende Arbeit	72
III. Die Relevanz der Änderung des Verbraucherbegriffs für das AGB-Recht	75
1. Probleme des alten Rechts	75

Inhaltsverzeichnis

2. Die Bedeutung der Gesetzesänderung	80
C. Zusammenfassung	87
§ 3 Die Entwicklung der AGB und der rechtliche Stand in Deutschland und Griechenland	88
A. Die AGB im Geschäftsverkehr – Ein geschichtlicher Rückblick auf das Phänomen im europäischen Raum	89
B. Erscheinung von schiedsrechtlichen Klauseln in AGB im Laufe der Geschichte	93
I. Deutschland	94
II. Griechenland	94
C. Die Verbreitung von AGB – Rechtfertigungsgründe und Auswirkungen	95
I. Positive Funktionen der AGB	95
II. Negative Begleiterscheinungen und Gefahren der Verwendung von AGB	98
D. Die Rechtsnatur der AGB	101
E. Die gesetzliche Normierung der AGB	103
I. Deutschland	104
II. Griechenland	107
1. Die Entwicklung der gesetzlichen Normierung von AGB	107
2. Der Subjektive Anwendungsbereich des Art. 2 gr.G. 2251/1994	111
3. Analoge Anwendung des Art. 2 gr.G. 2251/1994?	115
F. Ergebnis	120
§ 4 Die Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit: Die Schiedsvereinbarung	122
A. Die Rechtsquellen der Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland und Griechenland	124
I. Deutschland	125
II. Griechenland	127
B. Verfassungsmäßigkeit der Schiedsgerichtsbarkeit	130
I. Deutschland	131
II. Griechenland	132

C. Die Schiedsvereinbarung	133
I. Die Privatautonomie in der Schiedsvereinbarung und der Schiedsgerichtsbarkeit	134
II. Die Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	136
1. Die entwickelten Theorien	136
2. Die praktische Bedeutung der Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	145
a. Die Relevanz der materiellrechtlichen Vorschriften für die Schiedsvereinbarung	145
b. Der Abschluss der Schiedsvereinbarung	145
c. Die Auslegung der Schiedsvereinbarung	146
D. Zusammenfassung	148
2. Teil: Das auf die Schiedsgerichtsbarkeit anwendbare Recht und die Relevanz des AGB-Rechts bei Schiedsverfahren mit Sitz in Deutschland bzw. Griechenland	149
§ 5 Das auf die Schiedsvereinbarung anwendbare Recht	151
A. Die Bedeutung des Schiedsvereinbarungsstatuts	151
B. Probleme bei der Ermittlung des Schiedsvereinbarungsstatuts	152
C. Schiedsverfahren mit Sitz in Deutschland	155
I. Das Schiedsvereinbarungsstatut	155
II. Das anwendbare Recht für die Beurteilung der subjektiven und objektiven Schiedsfähigkeit	159
1. Subjektive Schiedsfähigkeit	159
2. Objektive Schiedsfähigkeit	160
III. Das anwendbare Recht für die Beurteilung der Form der Schiedsvereinbarung	162
D. Schiedsverfahren mit Sitz in Griechenland	164
I. Das Schiedsvereinbarungsstatut	164
II. Das anwendbare Recht für die Beurteilung der subjektiven und objektiven Schiedsfähigkeit	166
1. Die subjektive Schiedsfähigkeit	166
2. Die objektive Schiedsfähigkeit	167
III. Das anwendbare Recht für die Beurteilung der Form der Schiedsvereinbarung	168
E. Die Bedeutung der Unabdingbarkeit der Formvorschriften für das nationale AGB-Recht	169

Inhaltsverzeichnis

F. Zusammenfassung	172
§ 6 Das Recht des Schiedsverfahrens	174
A. Die Bestimmung des anwendbaren Schiedsverfahrensrechts	174
I. Institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit	175
II. Ad hoc Schiedsgerichtsbarkeit	177
B. Zulässigkeit der Schiedsverfahrensvereinbarungen	177
C. Ergebnis	178
§ 7 Das anwendbare Sachrecht	179
A. Die Rom I-VO und die Schiedsgerichtsbarkeit	180
I. Anwendung der Rom I-VO auf die Schiedsgerichtsbarkeit?	180
1. Der Giuliano/Lagarde-Bericht	182
2. Der Wortlaut der Rom I-VO	183
3. Die Entstehungsgeschichte der Rom I-VO	187
4. Die Gesetzgebungskompetenz der EU	188
5. Die Reichweite der Rechtswahlfreiheit vor Schiedsgerichten und vor staatlichen Gerichten	188
6. Zweckmäßigkeit der Beschränkungen der Rechtswahlfreiheit?	190
7. Durchbrechungen bei der Nichtanwendung der Rom I-VO?	191
a. Schutz schwächerer Gruppen und Verbraucherschutz	192
b. Eingriffsnormen	193
II. Fazit	196
B. Schiedsverfahren mit Sitz in Deutschland	196
I. Die Bestimmung des anwendbaren Sachrechts	196
1. Rechtswahl der Parteien	196
2. Bestimmung des anwendbaren Sachrechts durch das Schiedsgericht	198
3. Entscheidung nach Billigkeit	199
II. Grenzen der Rechtswahlfreiheit	203
1. Die Grenze des ordre public	204
2. Abwahl des zwingenden AGB-Rechts bei Inlandssachverhalten	207

C. Schiedsverfahren mit Sitz in Griechenland	212
I. Die Bestimmung des anwendbaren Sachrechts	212
1. Rechtswahl der Parteien	213
2. Bestimmung des anwendbaren Sachrechts durch das Schiedsgericht	213
3. Entscheidung nach Billigkeit	214
II. Grenzen der Rechtswahlfreiheit	216
1. Nationale Schiedsgerichtsbarkeit	216
a. Der Begriff „öffentliche Ordnung“ im griechischen Recht	217
b. Die Literatur und die Rechtsprechung zur Auslegung des Begriffs „öffentliche Ordnung“ in Art. 890 Abs. 2 gr.ZPO	219
c. Eigene Betrachtung	221
aa. Der Wortlaut	221
bb. Rechtspolitische Beurteilung	222
cc. Korrektur der Unbilligkeit durch korrigierende Auslegung?	226
2. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	230
3. Die Grenzen der Rechtswahlfreiheit und das AGB-Recht im unternehmerischen Geschäftsverkehr	231
D. Zusammenfassung	233
3. Teil: Vereinbarung von schiedsrechtlichen AGB-Klauseln in Verträgen des Unternehmerverkehrs	235
§ 8 Die Zulässigkeit der Vereinbarung schiedsrechtlicher Klauseln in AGB	237
A. Allgemeines zur Zulässigkeit schiedsrechtlicher Klauseln in AGB	237
I. Deutschland	237
II. Griechenland	239
B. Ergebnis	240
§ 9 Die sich aus dem Recht der Schiedsgerichtsbarkeit ergebenden Wirksamkeitsvoraussetzungen der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	241
A. Notwendiger Inhalt der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	241
I. Notwendiger Inhalt der AGB-Schiedsklausel	242

Inhaltsverzeichnis

II. Notwendiger Inhalt der AGB-Schiedsverfahrensklauseln?	245
B. Bestimmtheit der AGB-Schiedsklausel	246
I. Allgemeines zur Bestimmtheitsanforderung	246
II. Bestimmtheit des Rechtsverhältnisses	247
III. Bestimmtheit des Schiedsgerichts	249
1. Bestimmtheit des Schiedsgerichts als Wirksamkeitsvoraussetzung der Schiedsvereinbarung	249
2. Falsche Bezeichnung des Schiedsgerichts in AGB	249
3. Wahlrecht zwischen Schiedsgerichten oder zwischen Schiedsgericht und staatlichem Gericht	251
C. Schiedsfähigkeit	252
I. Deutschland	253
1. Die subjektive Schiedsfähigkeit	253
2. Die objektive Schiedsfähigkeit	254
II. Griechenland	259
1. Die subjektive Schiedsfähigkeit	259
2. Die objektive Schiedsfähigkeit	261
D. Die Form	262
I. Deutschland	263
1. Die Schiedsklausel	263
a. Rechtfertigung der Lockerung der Formanforderungen bei unternehmerischen Geschäften	264
b. Die Form der Schiedsvereinbarung bei Geschäften ohne Verbraucherbeteiligung	265
aa. Die Schriftform – Schiedsvereinbarung im gemeinsam unterzeichneten Dokument oder im Schriftwechsel	265
bb. Schiedsvereinbarung in unwidersprochen gebliebenen Schriftstücken und im kaufmännischen Bestätigungsschreiben	267
cc. Schiedsvereinbarung durch Bezugnahme auf ein anderes Schriftstück – Die Schiedsvereinbarung in AGB	269
c. Formverstoß und Heilung der Formmängel	270
2. Die Schiedsverfahrensklausel	272

II. Griechenland	273
1. Die Schiedsklausel	273
a. Die Form der Schiedsvereinbarung in der nationalen Schiedsgerichtsbarkeit	273
aa. Die Schriftform	273
bb. Schiedsvereinbarung durch Bezugnahme auf andere Schriftstücke – Die Schiedsklausel in AGB	275
cc. Heilung der Formmängel	276
b. Die Form der Schiedsvereinbarung in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	277
aa. Die Schriftform – Schiedsvereinbarung im gemeinsam unterzeichneten Dokument oder im Schriftwechsel	277
bb. Schiedsvereinbarung in unwidersprochen gebliebenen Schriftstücken	278
cc. Schiedsvereinbarung durch Bezugnahme auf ein anderes Schriftstück – Die Schiedsvereinbarung in AGB	279
dd. Formverstoß und Heilung der Formmängel	280
2. Die Schiedsverfahrensklausel	280
III. Ausnahmen von dem Schriftformerfordernis?	280
1. Formfreiheit kraft der Meistbegünstigungsklausel des UN-Übereinkommens?	281
2. Anwendung des CISG auf die Schiedsklausel?	284
a. Die Problematik und ihre Relevanz für die vorliegende Untersuchung	284
b. Kollisionsrechtliche Auswirkungen einer eventuellen Anwendung des CISG auf die Schiedsklausel	285
aa. Kollision des CISG mit Formvorschriften nationaler Herkunft	286
bb. Kollision des CISG mit Formvorschriften internationaler Herkunft	287
cc. Zwischenergebnis	288
c. Nichtanwendung des CISG auf die Schiedsklausel	288
aa. Der vorgeschriebene Anwendungsbereich des CISG	288
bb. Entstehung und angestrebter Zweck des Prinzips der Formfreiheit im CISG	292

Inhaltsverzeichnis

cc.	Rechtfertigung der Formfreiheit der Schiedsklausel durch die Meistbegünstigungsklausel des UN-Übereinkommens?	295
dd.	Rechtspolitische Begründung der Anwendung des CISG auf Schiedsklauseln?	296
d.	Ergebnis	298
E.	Zwingende prozessuale Vorschriften	299
I.	Gleichbehandlung der Parteien	299
II.	Gewährleistung des rechtlichen Gehörs	300
III.	Vertretung durch Rechtsanwälte	302
IV.	Ablehnung von Schiedsrichtern	303
1.	AGB-Schiedsverfahrensklausel zum vollumfänglichen Ausschluss des Schiedsrichterablehnungsrechts	303
2.	AGB-Schiedsverfahrensklausel über die Bestimmung des Ablehnungsverfahrens	304
3.	Erweiterung und Beschränkungen des Ablehnungsrechts	305
a.	Erweiterung der Ablehnungsgründe durch eine AGB-Schiedsverfahrensklausel	306
aa.	Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland und internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Griechenland	306
bb.	Nationale Schiedsgerichtsbarkeit in Griechenland	307
b.	Ausschluss von bestimmten Ablehnungsgründen in einer AGB-Schiedsverfahrensklausel	308
aa.	Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland und internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Griechenland	308
bb.	Nationale Schiedsgerichtsbarkeit in Griechenland	310
c.	Ausschluss des Rechts zur Ablehnung des eigenen Schiedsrichters durch eine AGB-Schiedsverfahrensklausel	311
aa.	Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland und internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Griechenland	311
bb.	Nationale Schiedsgerichtsbarkeit in Griechenland	312
F.	Zusammenfassung	312

§ 10 Die sich aus dem AGB-Recht ergebenden Wirksamkeitsvoraussetzungen der schiedsrechtlichen AGB- Klauseln	315
A. Voraussetzungen für das Vorliegen schiedsrechtlicher AGB- Klauseln	315
I. Deutschland	316
1. Schiedsrechtliche Klauseln als Vertragsbedingungen und äußere Gestaltung der AGB	316
2. Vorformulierung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln für eine Vielzahl von Verträgen	319
a. Vorformulierung	319
aa. Allgemeines	319
bb. Ergänzbare Klauseln	320
b. Für eine Vielzahl von Verträgen	322
3. Einseitiges Stellen der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln vom Verwender	323
a. Sinn und Zweck der Anforderung „einseitiges Stellen“	323
b. Die Ansicht von <i>Ulmer</i> und <i>Habersack</i>	327
c. Die Bestimmung des Verwenders	329
d. Beiderseitiger Einbeziehungsvorschlag der schiedsrechtlichen Klauseln	332
e. Drittbedingungen	333
f. Ergebnis	335
4. Nicht im Einzelnen ausgehandelte schiedsrechtliche AGB-Klauseln	337
a. Die gesetzliche Voraussetzung	337
b. Die Auslegung des „Aushandelns“ in der Rechtsprechung	339
c. Das „Aushandeln“ der Vertragsbedingungen zwischen Unternehmern	341
aa. Das Problem	341
bb. Eigene Betrachtung	345
(1). Rechtfertigung der unterschiedlichen Auslegung des Aushandelns in Unternehmerverträgen	345
(a). Gesetzliche Anhaltspunkte für eine unterschiedliche Auslegung des Aushandelns in Unternehmerverträgen	345

Inhaltsverzeichnis

(b). Rechtfertigung einer unterschiedlichen Auslegung des Aushandelns in Unternehmerverträgen aus der Teleologie des § 305 Abs. 1 S. 3 BGB	346
(2). Absenkung der Anforderungen für die Bejahung des Aushandelns im Unternehmerbereich	348
(a). Veränderte Klauseln	350
(b). Unveränderte Klauseln	351
(3). Ergebnis	357
5. Das Verhältnis zwischen dem „einseitigen Stellen“ und dem „Nicht-Aushandeln“	359
II. Griechenland	362
1. Schiedsrechtliche AGB-Klauseln als Vertragsbedingungen	362
2. Für künftige Verträge vorformulierte schiedsrechtliche AGB-Klauseln	364
a. Vorformulierung	364
b. Verwendung in künftigen Verträgen	365
3. Auferlegte schiedsrechtliche AGB-Klauseln	366
4. Nicht im Einzelnen ausgehandelte schiedsrechtliche AGB-Klauseln	367
III. Zusammenfassung	369
B. Die Einbeziehung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln in den Vertrag	371
I. Deutschland	372
1. Geltung der AGB-Schiedsklausel kraft Handelsbrauchs?	372
2. Rechtsgeschäftliche Einbeziehungsvereinbarung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	375
a. Die Einbeziehung von AGB-Klauseln in Verträge des Unternehmerverkehrs	375
b. Abgabe übereinstimmender Einbeziehungswillenserklärungen	377
aa. Hinweis auf die AGB	377
bb. Möglichkeit zur Kenntnisnahme	382
cc. Einverständnis des Vertragspartners	387
dd. Bei Vertragsschluss	389
(1). Der maßgebliche Zeitpunkt	389
(2). Nachträgliche Einbeziehung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	390

(3). Nachträgliche Änderung der vereinbarten Bedingungen	391
c. Konkludente Einbeziehung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln in Verträge ohne Verbraucherbeteiligung	393
aa. Konkludente Einbeziehung der AGB-Schiedsverfahrensvereinbarungen im Rahmen einer laufenden Geschäftsverbindung	393
bb. Konkludente Einbeziehung der AGB-Schiedsverfahrensvereinbarungen bei Branchenüblichkeit der Verwendung von AGB	398
cc. Konkludente Einbeziehung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln durch kaufmännisches Bestätigungsschreiben	401
d. Kollision von AGB	407
aa. Das Problem	407
bb. Die Lösungsansätze	408
cc. Eigene Betrachtung	412
(1). Kritik der entwickelten Lösungsansätze	412
(2). Zustandekommen des Vertrags	412
(3). Inhalt des Vertrags	415
dd. Schiedsrechtliche Klauseln in kollidierenden AGB	420
e. Rahmenvereinbarungen	423
3. Die schiedsrechtlichen AGB-Klauseln als überraschende Klauseln?	424
a. Keine Einbeziehung von überraschenden Klauseln	424
b. Überraschende AGB-Schiedsklausel?	426
aa. Ungewöhnlichkeit	427
bb. Überraschungseffekt	430
(1). Erste Meinung – Die Erwartungen des konkreten Vertragspartners als Maßstab	430
(2). Herrschende Meinung – Genereller Maßstab	431
(3). Stellungnahme	431
(a). Die Probleme der ersten Meinung	431
(b). Anmerkung hinsichtlich der herrschenden Meinung	432
(c). Zwischenergebnis	432
cc. Ergebnis	436
c. Überraschende AGB-Schiedsverfahrensklauseln?	438
aa. Ungewöhnlichkeit	438

Inhaltsverzeichnis

bb. Überraschungseffekt	439
cc. Ergebnis	440
II. Griechenland	441
1. Geltung der AGB-Schiedsklausel kraft Handelsbrauchs?	442
2. Rechtsgeschäftliche Einbeziehungsvereinbarung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	444
a. Abgabe übereinstimmender Einbeziehungswillenserklärungen	444
aa. Hinweis auf die AGB	445
bb. Möglichkeit zur Kenntnisnahme	449
cc. Keine schuldhaft Unkenntnis der Bedingungen	451
dd. Einverständnis des Vertragspartners	452
ee. Bei Vertragsschluss	455
b. Konkludente Einbeziehung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln im Unternehmerverkehr	455
aa. Konkludente Einbeziehung der AGB- Schiedsverfahrensvereinbarungen im Rahmen einer laufenden Geschäftsverbindung und bei Branchenüblichkeit der Verwendung von AGB	456
bb. Konkludente Einbeziehung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln durch kaufmännisches Bestätigungsschreiben	456
c. Kollision von AGB	458
3. Die schiedsrechtlichen AGB-Klauseln als überraschende Klauseln?	459
III. Einbeziehung von AGB-Schiedsklauseln nach dem CISG?	460
IV. Ergebnis	465
C. Die Auslegung der schiedsrechtlichen Klauseln in AGB	469
I. Die Einordnung der Auslegung im Rahmen der Prüfung der AGB-Klauseln	469
1. Systematische Einordnung der Auslegung	469
2. Auslegung und Inhaltskontrolle der AGB-Klauseln	470
II. Der Auslegungsmaßstab der schiedsrechtlichen AGB- Klauseln	471
1. Auslegung nach den allgemeinen Grundsätzen des bürgerlichen Rechts	472
2. Die Unternehmereigenschaft als Auslegungsmaßstab	475
3. Der Auslegungsmaßstab in der Schiedsgerichtsbarkeit	479

4. Der Auslegungsmaßstab nach dem AGB-Recht	481
a. Deutschland	481
aa. Der Vorrang der Individualabrede und die Schriftformklausel	481
(1). Das Vorrangprinzip	481
(2). Die Schriftformklausel und die Schiedsverfahrensvereinbarungen	484
bb. Der Grundsatz der objektiven Auslegung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	485
cc. Die Unklarheitenregel und die schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	490
dd. Keine restriktive Auslegung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	493
b. Griechenland	494
aa. Der Vorrang der Individualabreden und die Schriftformklausel	495
bb. Der Grundsatz der objektiven Auslegung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	496
cc. Die Unklarheitenregel und die schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	498
dd. Keine restriktive Auslegung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	499
5. Die „ergänzende Auslegung“	499
a. Allgemeines	500
b. Ergänzende Auslegung von schiedsrechtlichen AGB- Klauseln	507
III. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung der AGB- Vorschriften bei Anwendung auf unternehmerische Verträge?	513
IV. Ergebnis	518
D. Die inhaltliche Kontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	519
I. Die Rechtfertigung der AGB-Inhaltskontrolle	520
1. Der verfassungsrechtliche Aspekt	520
2. Schutzbedürftigkeit des Vertragspartners	521
3. Ökonomische bzw. marktbezogene Betrachtung	522
4. Kumulative Betrachtung der Funktionen der AGB	523

Inhaltsverzeichnis

II. Die Inhaltskontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln in Verträgen ohne Verbraucherbeteiligung in Deutschland	528
1. Besonderheiten bei der AGB-Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	528
a. Keine Ausstrahlungswirkung der Verbotskataloge der §§ 308 und 309 BGB	530
b. Maßstab der Angemessenheitskontrolle in unternehmerischen Verträgen	533
aa. Überindividuell-generalisierende Betrachtungsweise	533
bb. Unterschiede und Ungleichheiten innerhalb des unternehmerischen Raums und die Rolle des AGB-Rechts	537
2. Kontrollunterworfenheit der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln im Rechtsverkehr ohne Verbraucherbeteiligung	540
a. Die Schranken der Inhaltskontrolle	541
aa. Die gesetzliche Regelung	541
bb. Die Ausnahme der rechtdeklaratorischen Klauseln	541
cc. Die Ausnahme der leistungsbeschreibenden und preisbestimmenden Klauseln im Zusammenhang mit dem Normzweck des § 307 Abs. 3 BGB	543
(1). Die Regierungsbegründung und die Richtlinie 93/13/EWG	543
(2). Rechtsprechung und Literatur	545
(3). Auslegung des § 307 Abs. 3 BGB nach Wortlaut und Zweck	546
(4). Leistungsbeschreibungen und Preisvereinbarungen	548
dd. Zwischenergebnis	549
b. Kontrollfreiheit der AGB-Schiedsklausel?	552
aa. Die Literatur und die Rechtsprechung	552
bb. Neuer Ansatz	554
(1). Die Entscheidung für die schiedsgerichtliche Streitbeilegung	556
(a). Anwendung der AGB-Vorschriften für die Inhaltskontrolle	557
(b). Keine rechtsdeklaratorische Klausel	559
(c). Kein Leistungsaustauschvertrag	560

(d).	Beschränkung des nach § 307 Abs. 3 BGB kontrollfreien Bereichs durch eine richtlinienkonforme Auslegung?	561
(e).	Subsumtion der Entscheidung für eine schiedsgerichtliche Streitbeilegung unter § 307 Abs. 3 BGB	562
(f).	Kontrolle der AGB-Schiedsklausel nach anderen Regelungen	564
(2).	Die Bestimmung des zuständigen Schiedsgerichts	566
cc.	Ergebnis	567
c.	Kontrollunterworfenheit der AGB-Schiedsverfahrensklauseln	570
d.	Zusammenfassung	572
3.	Kontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln (insbesondere der AGB-Schiedsklausel) im unternehmerischen Verkehr nach den allgemeinen Vorschriften des deutschen bürgerlichen Rechts	573
a.	Kontrolle nach § 134 BGB	573
b.	Kontrolle nach § 138 BGB	574
c.	Kontrolle nach § 242 BGB	575
d.	Kontrolle nach § 315 BGB	576
e.	Anfechtung wegen eines den Inhalt der AGB-Schiedsklausel betreffenden Irrtums oder wegen Täuschung	576
f.	Ergebnis	579
4.	Die Inhaltskontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln nach dem deutschen AGB-Recht	579
a.	Die Angemessenheitskontrolle nach § 307 Abs. 1 und 2 BGB	580
aa.	Unangemessene Benachteiligung nach der Generalklausel des § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	581
bb.	Die Konkretisierung des § 307 Abs. 2 BGB	586
(1).	Unvereinbarkeit mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung (§ 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB)	587
(2).	Vertragszweckgefährdende Einschränkung wesentlicher Rechte und Pflichten (§ 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	590
(a).	Die Natur des Vertrags	590

Inhaltsverzeichnis

(b).	Einschränkung wesentlicher sich aus dem Vertrag ergebender Rechte und Pflichten	591
(c).	Gefährdung des Vertragszwecks	593
(d).	Die geringe Bedeutung des § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB für die AGB-Schiedsverfahrensvereinbarungen	594
b.	Die Transparenzkontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	596
aa.	Der Maßstab der Transparenzkontrolle	596
bb.	Transparenzkontrolle der AGB-Schiedsklausel	600
cc.	Transparenzkontrolle der AGB-Schiedsverfahrensklauseln	601
5.	Rechtsfolgen der Unwirksamkeit der schiedsrechtlichen AGB-Klausel	603
a.	Unwirksamkeit der AGB-Schiedsklausel	604
b.	Unwirksamkeit einer AGB-Schiedsverfahrensklausel	605
6.	Notwendigkeit einer Reform des deutschen AGB-Rechts?	607
a.	Ausgangspunkte	607
b.	Rechtfertigung eines Reformbedarfs der Regelungen über die AGB-Inhaltskontrolle aus der Untersuchung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln?	609
III.	Die Inhaltskontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln in Verträgen ohne Verbraucherbeteiligung in Griechenland	614
1.	Besonderheiten bei der AGB-Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	614
a.	Analoge Anwendung der Generalklausel des Art. 2 Abs. 6 gr.G. 2251/1994	614
b.	Keine analoge Anwendung des Verbotskatalogs des Art. 2 Abs. 7 gr.G. 2251/1994	615
c.	Maßstab der inhaltlichen Überprüfung in Verträgen ohne Verbraucherbeteiligung	616
2.	Kontrollunterworfenheit der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln im Rechtsverkehr ohne Verbraucherbeteiligung	617
a.	Der Umfang der Kontrollunterworfenheit	617
b.	Kontrollunterworfenheit der AGB-Schiedsklausel?	618
aa.	Die Entscheidung für die schiedsgerichtliche Streitbeilegung	619
bb.	Die Bestimmung des zuständigen Schiedsgerichts	620
cc.	Ergebnis	622

c. Kontrollunterworfenheit der AGB-Schiedsverfahrensklauseln	623
d. Zusammenfassung	624
3. Kontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln (insbesondere der AGB-Schiedsklausel) im unternehmerischen Verkehr nach den allgemeinen Vorschriften des griechischen bürgerlichen Rechts	626
a. Kontrolle nach Art. 174 gr.BGB	627
b. Kontrolle nach Art. 178-179 gr.BGB	628
c. Kontrolle nach Art. 288 gr.BGB	628
d. Kontrolle nach Art. 281 gr.BGB	629
e. Kontrolle nach Art. 371-372 gr.BGB	632
f. Anfechtung wegen eines den Inhalt der AGB-Schiedsklausel betreffenden Irrtums oder wegen Täuschung	633
g. Ergebnis	634
4. Die Inhaltskontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln nach dem griechischen AGB-Recht	634
a. Die inhaltliche Überprüfung der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln nach der Generalklausel des Art. 2 Abs. 6 gr.G. 2251/1994	634
b. Der per se missbräuchliche Charakter der AGB-Schiedsklausel nach Art. 2 Abs. 7 lit. λα gr.G.2251/1994	642
c. Die Transparenzkontrolle der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	643
aa. Die Begründung und der Maßstab der Transparenzkontrolle im griechischen AGB-Recht	643
bb. Transparenzkontrolle der AGB-Schiedsklausel	646
cc. Transparenzkontrolle der AGB-Schiedsverfahrensklauseln	647
5. Rechtsfolgen der Ungültigkeit der schiedsrechtlichen AGB-Klauseln	648
a. Ungültigkeit der AGB-Schiedsklausel	649
b. Ungültigkeit einer AGB-Schiedsverfahrensklausel	649
6. Notwendigkeit einer Normierung der Inhaltskontrolle von AGB-Klauseln in Verträgen ohne Verbraucherbeteiligung?	650
IV. Zusammenfassung	653
E. Ergebnis	657

Inhaltsverzeichnis

§ 11 Erörterung von bestimmten sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit beziehenden AGB-Klauseln	658
A. Wahlrecht bei der Anrufung des Schiedsgerichts	658
I. Das Wahlrecht als Art der Bestimmung des Schiedsgerichts und die Rechtsfolgen einer unwirksamen Klausel	658
II. Wahlrecht zwischen Schiedsgerichten	660
III. Wahlrecht zwischen Schiedsgericht und staatlichem Gericht	665
B. Vereinbarung eines Mindeststreitwerts zur Berechnung der Gebühren	668
C. Wirksamkeit des Schiedsspruchs unter befristeter auflösender Bedingung	669
D. Vereinbarung eines Schieds- und/oder eines Tagungsortes	671
E. Bestimmung besonderer Merkmale bzw. Qualifikationen für die Schiedsrichter	673
F. Übergewicht einer Partei bei der Zusammensetzung des Schiedsgerichts und insbesondere bei der Benennung der Schiedsrichter	675
I. Deutschland	675
II. Griechenland	681
G. Schiedsgericht mit Einzelschiedsrichter	682
H. Namentliche Benennung der Schiedsrichter in AGB	683
I. Deutschland	683
II. Griechenland	688
I. Ablehnung eines Schiedsrichters	689
J. Bestimmung des vom Schiedsgericht anzuwendenden Sachrechts in einer AGB-Klausel	691
I. Parteirechtswahlklausel	691
1. Deutschland	691
2. Griechenland	694
II. Entscheidung nach Billigkeit	696
1. Deutschland	696
2. Griechenland	697
III. Entscheidung nach lex mercatoria	698
1. Deutschland	698
2. Griechenland	701

K. Vereinbarungen über Verfahrensregeln	702
I. Verstoß der AGB-Schiedsverfahrensklausel gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz	702
II. Verstoß der AGB-Schiedsverfahrensklausel gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör und Beweislastvereinbarungen	703
III. Ausschluss oder Beschränkung der als Bevollmächtigte zugelassenen Rechtsanwälte durch AGB-Schiedsverfahrensklausel	705
L. Verzicht auf Begründung des Schiedsspruchs	706
M. Vereinbarung der Verfahrenssprache	707
N. Eskalationsklauseln in AGB	707
O. Kompetenz-Kompetenz-Klauseln	708
I. Deutschland	708
II. Griechenland	710
1. Nationale Schiedsgerichtsbarkeit	710
2. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	711
P. Ergebnis	712
§ 12 Schlussbetrachtung und Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse	714
A. Schlussbetrachtung	714
B. Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse	716
I. Die Relevanz des nationalen AGB-Rechts bei Schiedsverfahren mit Sitz in Deutschland bzw. Griechenland	717
II. Die Vereinbarung von schiedsrechtlichen AGB-Klauseln in Verträgen des Unternehmerverkehrs	718
Literaturverzeichnis	725
Entscheidungsverzeichnis	767
A. Deutsche Entscheidungen	767
B. Griechische Entscheidungen	787
C. Europäischer Gerichtshof	796
D. Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	797
E. Schiedssprüche	797

Inhaltsverzeichnis

F. Andere ausländische Gerichte	798
Anhang	799
A. Griechische Verfassung	799
B. Griechisches BGB	800
C. Griechische ZPO	802
D. Griechisches Gesetz Nr. 2735 von 1999, „Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit“	806
E. Griechisches Gesetz Nr. 2251 von 1994, „Verbraucherschutz“	811
Sachregister	819

Abkürzungsverzeichnis

Weitere Abkürzungen ergeben sich aus der im Literaturverzeichnis in eckigen Klammern angeführten Zitierweise

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
ADR	Alternative Dispute Resolution
ADS	Allgemeine Deutsche Seeverversicherungsbedingungen
ADSp	Allgemeine Deutsch Spediteur-Bedingungen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	(deutsches) Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG oder AGB-Gesetz	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von 1976 (BGBl. I 1976 S. 3317)
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
App.	Application
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz (BGBl. I 1953 S. 1267)
Armen	Armenopoulos (Harmenopoulos – Zeitschrift in griechischer Sprache)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
b2b oder B2B	business-to-business
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

Bd.	Band
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Beil.	Beilage
BFD	Boletín de la Facultad de Derecho de la UNED (spanische Zeitschrift)
BGB	(deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des BGH in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BT-Drucks. oder BT-Drs.	Drucksache des deutschen Bundestages
Buchst.	Buchstabe
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (1980)
CPC	Code de procédure civile
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Berater (Zeitschrift)
DEE	Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Dikaio Epixiriseon kai Eterion – Zeitschrift in griechischer Sprache)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe oder dieselben
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts (Zeitschrift)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EED	Rundschau des Handelsrechts (Epitheorisi Empori-kou Dikaiou – Zeitschrift in griechischer Sprache)
EEN	Zeitung der griechischen Juristen (Efimeris Ellinon Nomikon – Zeitschrift in griechischer Sprache)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB (Neubekanntmachung vom 21.09.1994, BGBl. I 1994 S. 2494, Berichtigung BGBl. I 1997 S. 1061)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemein-schaft
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungs-übereinkommen
EuGVVO	EG-Verordnung 44/2001 des Rates vom 22. Dezem-ber 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidun-gen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I)
Eu-Übereinkommen	Europäische Übereinkommen über die internatio-nale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.04.1961
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ oder EuVÜ	Europäisches Schuldvertragsübereinkommen bzw. Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Ju-ni 1980
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-VO	Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV)
EUR	Europäischer Wirtschaftsraum
f., ff.	folgend, folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

Abkürzungsverzeichnis

FG	Festgabe
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
G.	Gesetz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz (BGBl. 1949 S. 1)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
gr.	griechisch
gr.BGB	griechisches BGB (Astikos Kodex)
gr.ZPO	griechische Zivilprozessordnung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz (Neubekanntmachung vom 09.05.1975 BGBl. 1975 I S. 1077)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h.M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch (RGL. 1897 I S. 219)
HKK	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs., Halbs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.e.	id est
i.V.m.	in Verbindung mit
IBR	Immobilien- & Baurecht (Zeitschrift)
ICC (IHK)	International Chamber of Commerce (Internationale Handelskammer)
IHK	Industrie- und Handelskammer
Incoterms	International Commercial Terms
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung (BGBl. 1994 I S. 2866)

IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (schweizerisch)
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jh.	Jahrhundert
JJb	Juristen-Jahrbuch
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
jurisPR-BGHZivilR	Juris PraxisReport BGH-Zivilrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
krit.	kritisch
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (Zeitschrift)
LG	(deutsches) Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
m.	mit
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MarkenG	Markengesetz (BGBl. 1994 I S. 3082)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift)
MMR	Multimedia und Recht Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen

Abkürzungsverzeichnis

NBW	Nieuw Burgerlijk Wetboek (Bürgerliches Gesetzbuch der Niederlande)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NoB	Juristische Tribüne [Nomiko Bima (Wima) – Zeitschrift in griechischer Sprache]
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
o.Ä.	oder Ähnliches
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OGHBrZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
PatG	Patentgesetz (BGBl. 1981 I S. 1)
r + s	recht und schaden (Zeitschrift)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RG	Reichsgericht
RGBl	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn. oder Rdnr.	Randnummer
Rom II-VO	EG-Verordnung 864/2007 vom 11.07.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom I-VO	EG-Verordnung 593/2008 vom 17.06.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rs	Rechtssache

S.	Seite oder Satz
s.	siehe
s.a.	siehe auch
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SchiedsGIHK	Schiedsgericht der Industrie- und Handelskammer
SchiedsVfG	Gesetz zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts (Schiedsverfahrens-Neuregelungsgesetz) vom 22.12.1997 (BGBl. 1997 I S. 3224)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchweizBG	Schweizerisches Bundesgericht
u.a.	unter anderem
Überbl.	Überblick
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz (BGBl. 2001 I S. 3138, 3173)
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade (Kommission für internationales Recht der Vereinten Nationen)
UNCITRAL-MG oder UNCITRAL-ModG	UNCITRAL- Modellgesetz zur internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.06.1985
UNIDROIT	Institut international pour l' unification du droit privé (Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts)
UN-Kaufrecht	Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (BGBl. 1989 II S. 588)
UNÜ oder UN-Übereinkommen	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10.06.1958
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
v.	von oder vom
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (BGBl. 2005 I S. 205)
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung

Abkürzungsverzeichnis

Vol.	Volume
Vorbem oder Vorb.	Vorbemerkung oder Vorbemerkungen
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung (Neubekanntmachung vom 19.03.1991, BGBl. 1991 I S. 686)
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz (Neubekanntmachung vom 09.09.1998, BGBl. 1998 I S. 2708)
WVRK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge oder Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23.05.1969
XrID	Chroniken Privates Rechts [Xronika (Chronika) Idiotikou Dikaiou – Zeitschrift in griechischer Sprache]
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZGB	(griechische) Zivilgesetzbuch (Astikos Kodex)
ZGS	Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	(deutsche) Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZS	Zivilsenat
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess